



Bericht aus Berlin

4 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Bundespräsident für Freiheit und Einheit

Joachim Gauck ist gemeinsamer Kandidat von vier Fraktionen in der kommenden Bundesversammlung am 18. März 2012. CDU/CSU, SPD, GRÜNE und FDP haben sich geeinigt, den ehemaligen Pfarrer und Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen für das Amt des Bundespräsidenten vorzuschlagen. Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Initiative, einen parteiübergreifend getragenen Kandidaten benennen zu wollen, den Weg für eine gemeinsame Lösung eröffnet. Das überzeugende Ergebnis stößt bei den Menschen in unserem Land auf große Zustimmung. Nach dem Rücktritt des bisherigen Bundespräsidenten Christian Wulff konnten somit auch zügig Gespräche über die Nachfolge aufgenommen werden.

Der 18. März 2012 ist übrigens ein Datum mit interessanten Bezügen zur Deutschen Geschichte: 1848 Märzrevolution in Berlin und 1990 erste freie Volkskammerwahl in der DDR und Ost-Berlin. Joachim Gauck hat einen beeindruckenden Lebensweg aufzuweisen: Geboren 1940, aufgewachsen in der DDR, Studium, Pastor und nach der Wende Volkskammerabgeordneter des Neuen Forums und Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Joachim Gauck wird wichtige Anregungen für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit und unsere gemeinsame Zukunft setzen. Sein Thema ist die Freiheit in Verantwortung. Parteiendemokratie und Bürgergesellschaft gehören für ihn ebenso zusammen. Wir sind sicher, dass er der politischen Debatte neue Impulse geben und sie mit seiner Sichtweise bereichern wird.

Bundestag ebnet Weg für Griechenland-Hilfen

Die Finanzminister der Eurozone haben am 20./21. Februar 2012 die Ausgestaltung des bis 2014 angelegten zweiten Griechenland-Rettungspakets vereinbart. Um dem Antrag Griechenlands auf Finanzhilfen bewilligen und diesem komplexen und austarierten Lösungsvorschlag zustimmen zu können, benötigte die Bundesregierung vorab die Zustimmung des Deutschen Bundestages. Dieser hat am vergangenen Montag die Zustimmung mit großer Mehrheit erteilt. Bei Umsetzung des Hilfsprogramms bleibt die Obergrenze der öffentlichen Hilfen bei den bislang ins Auge gefassten 130 Mrd. Euro. Zweiter Kernbestandteil ist der erhöhte Schuldenschnitt in Form eines Anleihtauschs, den der griechische Regierungschef Loukas Papademos mit den privaten Gläubigern vereinbart hat. Damit die privaten Gläubiger ihre bisherigen griechischen Anleihen tatsächlich in neue umtauschen, bedarf es der Absicherung durch das Griechenland-II-Paket. Dieses Paket wiederum ist an Bedingungen geknüpft, die private Gläubiger und der griechische Gesetzgeber erfüllen müssen. Der deutsche Bürgschaftsrahmen wird nicht erhöht, denn das Griechenland-II-Paket wird über den bereits vorhandenen Rettungsschirm EFSF finanziert, für den Deutschland unverändert mit der festgesetzten Obergrenze von 211 Mrd. Euro bürgt. Mit dem Beschluss wird jedoch kein Blankoscheck ausgestellt, sondern wir knüpfen unsere Zustimmung an konkrete Erwartungen: Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll sich beteiligen und bevor die erste Tranche des neuen Rettungspakets ausgezahlt wird, muss eine umfassende Teilnahme der Privatgläubiger am Anleihtausch sowie die gesetzgeberische Umsetzung der vordringlichen Reformzusagen Griechenlands stattgefunden haben.

Weitere Informationen: www.cducusu.de

Parlamentsdeutsch...

Gesetzentwurf: Gesetzentwürfe können durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages oder durch den Bundesrat in den Bundestag eingebracht werden. Regierungsvorlagen werden zunächst dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet. Zu Vorlagen des Bundesrats muss die Bundesregierung Stellung nehmen, bevor sie dieses dem Bundestag zuleitet. Gesetzentwürfe aus der Mitte des Bundestages müssen von Fraktionen oder von Abgeordneten in Fraktionsstärke (mindestens fünf Prozent der Abgeordneten, zurzeit also 31) eingebracht werden. Entwürfe aus der Mitte des Bundestages können sofort, also ohne vorherige Prüfung durch den Bundesrat oder die Bundesregierung, im Parlament beraten werden.

Nachrichten

Nationaler Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur

Peter Götz teilt mit, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zum zweiten Mal den nationalen Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur auslobt. Das diesjährige Motto lautet: „**Stadt bauen. Stadt leben**“. Das Bundesministerium wird von zahlreichen Partnern aus Kammern, Verbänden, Initiativen und Stiftungen sowie den kommunalen Spitzenverbänden und den Bundesländern unterstützt. Im Rahmen des Wettbewerbs werden beispielhafte realisierte innovative



Projekte und Verfahren der letzten zehn Jahre gesucht, die ein breites Spektrum von integrierter Stadtentwicklung und Baukultur darstellen und zur Weiterentwicklung anregen. Die Auszeichnungen werden in vier Kategorien vergeben: **Gebäude und Stadtraum, Region und Landschaft, Gemeinwohl und Zivilgesellschaft sowie Energie und Infrastruktur**. Teilnahmeberechtigt sind: Städte, Gemeinden, Gebietskörperschaften, Wirtschaftsunternehmen, Vereine, Körperschaften des öffentlichen Rechts, zivilgesellschaftliche Initiativen, Kirchen, Verbände und Einzelpersonen.

Abgabetermin der Wettbewerbsbeiträge ist der **25. Mai 2012**. Die Auszeichnung der Preisträger findet am 11. Oktober 2012 in Berlin statt. Weitere Informationen sowie die Bewerbungsformulare finden Sie auf nachfolgender Internetseite: www.stadtbauenstadtleben.de

Kommunalfreundliche Politik zeigt Wirkung

Zur aktuellen Prognose der kommunalen Spitzenverbände zur Finanzlage der Städte, Landkreise und Gemeinden (ohne Stadtstaaten) in den Jahren 2011 und 2012 erklärt Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung zeigt Wirkung. Mit der guten Konjunktur und der schrittweisen Umsetzung der Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission ist für das laufende Jahr 2012 mit einem Überschuss für die Kommunen zu rechnen. Bereits das kommunale Jahresdefizit von 2011 ist demnach gegenüber dem Jahr 2010 von 7,7 Milliarden Euro auf 2,5 Milliarden Euro zurückgegangen. Das enorm verstärkte Engagement des Bundes für die Kommunen verändert auch die Interpretation des Zahlentableaus. So geschieht die Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter durch eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes (Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen). Deshalb weist der Städtetag zu Recht darauf hin, dass diese Entlastung bei der Höhe der Sozialausgaben nicht sichtbar ist, sondern zu höheren Einnahmen der Kommunen führt. Die Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes für bedürftige Kinder führt wiederum seit 2011 zu höheren



„Für das laufende Jahr ist mit einem Überschuss für die Kommunen zu rechnen“

Sozialausgaben der Kommunen, die aber vom Bund gegenfinanziert werden und deshalb ebenfalls als Einnahmen in der Kommunalfinanzstatistik auftauchen.“

Weitere Informationen, insbesondere zum Hintergrund der kommunalen Ein-/Ausnahmen, finden Sie unter nachfolgendem Link: <http://www.goetzpeter.de/WICHTIG/pm2012/pm120214.html>

Besuchen Sie meine Homepage:
www.goetzpeter.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Weiterhin steigende Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen

Die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen ist auch im Jahr 2010 weiter gestiegen: auf 40,8%. Im Jahr 2009 hatte sie 38,4% betragen, im Jahr 2000 waren sogar nur 20% der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig. Dem deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote steht ein spiegelbildlicher Rückgang der Rentnerquote gegenüber. Im Jahr 2000 hatte diese noch 61,8% betragen, 2010 lag der Anteil der Rentner unter den 60- bis 64-Jährigen indes nur noch bei 43,3%. Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen ist seit dem Jahr 2000 stärker gestiegen als in allen anderen EU-Ländern, bei den 60- bis 64-Jährigen war der Anstieg in Deutschland sogar der stärkste innerhalb der EU. Dies sind Ergebnisse des ersten Fortschrittsreports „Altersgerechte Arbeitswelt“, der letzte Woche im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) vorgestellt wurde. Neben Daten, Analysen und neuesten wissenschaftlichen Studien führt der Bericht auch Praxisbeispiele zum Thema „Arbeiten bis 67“ auf. Die Zahlen bescheinigen laut BMAS einen beachtlichen Erfolg auf dem Weg hin zur vollständigen Einführung der Rente mit 67 im Jahr 2029. Da die demografische Entwicklung darauf hinweist, dass die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Jahr 2030 nicht nur abnehmen wird, sondern dass die Arbeitnehmer im Durchschnitt auch älter sein werden, setzen die Zahlen zur Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer ein wichtiges Signal. Der Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ erscheint künftig halbjährlich. (Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Reallöhne im 2011 weiter gestiegen

Die Reallöhne in Deutschland sind im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 1% gestiegen, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Zwar hat sich der Anstieg der preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer damit gegenüber 2010 (1,5%) leicht abgeschwächt, blieben aber trotz stark anziehender Verbraucherpreise trotzdem im positiven Bereich. Noch 2009 waren die Reallöhne rückläufig. Im vergangenen Jahr stiegen die Nominallöhne um 3,3%, vor allem durch den weiteren Abbau der Kurzarbeit. Dieser Wert lag über der Inflationsrate von 2,3%, so dass die Arbeitnehmer unter dem Strich real 1% mehr Lohn in der Tasche hatten. Detaillierte und endgültige Daten, die dann auch nach Wirtschaftszweigen, Beschäftigungsumfang und Geschlecht untergliedern, veröffentlicht das Statistische Bundesamt voraussichtlich am 22. März 2012.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Tourismus ist wichtiger Wirtschaftsfaktor

Die Tourismusbranche hat für die deutsche Wirtschaft eine große Bedeutung. 2010 beliefen sich die gesamten Konsumausgaben der touristischen Besucher in Deutschland auf 278,3 Milliarden Euro. Der Großteil dieser Ausgaben (75%) entfällt auf tourismuscharakterliche Produkte wie Gaststätten- und Beherbergungsleistungen, Transportleistungen und Dienstleistungen im Bereich Freizeit und Kultur, während ein Viertel auf Konsumgüter entfällt. Dies geht aus einer aktuellen Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus hervor. Die Herstellung der von Touristen nachgefragten Güter löste demnach im Jahr 2010 eine Bruttowertschöpfung von 97 Milliarden Euro aus, entlang der Wertschöpfungskette ergibt sich insgesamt sogar eine dem Tourismus zurechenbare Bruttowertschöpfung von 214,1 Milliarden Euro. Der Tourismus macht folglich 9,7% der gesamten Bruttowertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft aus. Im Hinblick auf die Beschäftigungssituation in Deutschland resultierte 2010 aus der Herstellung der von Touristen nachgefragten Güter eine Beschäftigung von 2,9 Millionen Erwerbstätigen (entspricht 7% der Erwerbstätigen in Deutschland). Der direkte Beitrag des Tourismus zur Bruttowertschöpfung ist damit vergleichbar mit dem des Baugewerbes (4,3%) oder des Erziehungs- und Unterrichtswesens (4,6%). Der Beitrag des Tourismus zur Beschäftigung in Deutschland liegt knapp unter dem des Einzelhandels (9,2%). (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie)